



Fake News

Ob Rechte hierzulande oder der US-Präsident – sie haben sich »alternativen Fakten« verschrieben. Literatur ist immer Fiktion, also auch Fälschung? Warum ein Schriftsteller, der die Wahrheit hochhält, trotzdem nicht lügt. Von Enno Stahl

SEITEN 12/13

Am Rande Hoffen auf ein Ende des Krieges: 3 Im Libanon leben 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien	Unter Verdacht Madrid ist sich sicher: Russen und Chavistas fördern die katalanische Unabhängigkeitsbewegung 6	Für Chile Achtungserfolg der linken Bürgerbewegung. Sebastián Piñera und Alejandro Guillier in Stichwahl 7	Ohne Grenzen »DGB-Index Gute Arbeit«: Immer mehr Beschäftigte müssen auch an den Wochenenden schuften 15
---	--	--	--



Guten Morgen, Novemberblues: Kanzlerin und CDU-Chefin Merkel am Morgen nach der Aufkündigung der Sondierungsgespräche durch die FDP

In den entscheidenden Fragen waren sich alle Beteiligten derart einig, dass das Aus der Sondierungen für ein Regierungsbündnis von CDU, CSU, FDP und Grünen trotz aller Schaukämpfe ein wenig überrascht. Denn alle vier Parteien waren letztlich für ein »Weiter so« in Sachen Wirtschaftspolitik gegen die Mehrheit der Bevölkerung und für eine Aufrechterhaltung der sogenannten Westbindung, also Engagement in der NATO und Treue gegenüber den Vereinigten Staaten trotz des ungeliebten amtierenden Präsidenten. Nun ließ die FDP die Gespräche platzen. In der Nacht zum Montag verkündete ihr Vorsitzender Christian Lindner den Ausstieg aus dem Projekt »Jamaika«. Die Liberalen würden mit den bislang ausgehandelten Maßnahmen ihre »Grundsätze aufgeben« und ihren Wählern die versprochenen »Trendwenden« schuldig bleiben, etwa in der Bildungspolitik, bei Steuerentlastungen und bei der »Flexibilisierung« der Arbeitsmarktregeln, begründete er den Schritt.

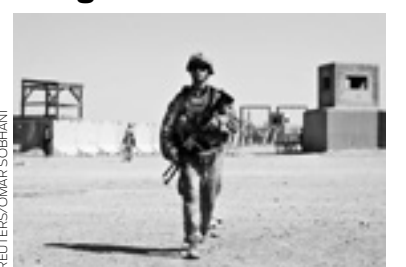
Glaubt man den Vertretern der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften, manchem Grünen-Politiker und den Kommentatoren westeuropäischer Medien, steht nun der Untergang des deutschen Abendlands bevor. Eindringlich wird an die »Verantwortung« der Parteien appelliert, und auch die SPD wird inständig gebeten, aus der Oppositions-»Schmollecke« herauszukommen. Doch deren Vorstand schloss am Montag erneut in einem einstimmigen Votum den Eintritt in eine große Koalition mit CDU und CSU aus und plädierte für Neuwahlen. Die Sozialdemokraten hatten allerdings bei den vergangenen Bundestagswahlen das schlechteste Ergebnis seit Kriegsende – von einer Wiederholung der Wahl versprechen sie sich offenbar einen kleinen Aufschwung. Möglicherweise träumen sie sogar angesichts der zu erwartenden weiteren Verluste für die Unionspartei-

mer zu«, sagte Bartsch am Montag im Gespräch mit dem Sender N-TV. Auch der Thüringer Linke-Regierungschef fände es offenbar nicht schlecht, wenn die Ära Merkel in die Verlängerung ginge. Via Facebook regte auch er am Montag die Tolerierung einer Minderheitsregierung unter ihrer Führung an. Zwar hätten die Verhandlungspartner ihre Verantwortung nicht wahrgenommen. »Neuwahlen sollten jetzt allerdings nicht der Ausweg sein«, warnte Ramelow. Eine Neuwahl leite »Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten«.

Doch offenbar bevorzugt auch die rechtspopulistische AfD eine Minderheitsregierung, allerdings eher eine von FDP und Union. Voraussetzung dafür sei aber, »dass diese Regierung nicht unter der Führung einer CDU-Vorsitzenden Angela Merkel steht«, sagte AfD-Vorstandsmitglied André Poggenburg am Montag in Berlin.

■ Siehe auch Seiten 2, 8 und 9

USA weiten Krieg in Afghanistan aus



Kabul. Die US-Luftwaffe hat in der Nacht zu Montag in Afghanistan Bomben auf mehrere Ziele abgeworfen. Der Oberbefehlshabers der NATO- und der US-Streitkräfte im Land, General John Nicholson, teilte auf einer Pressekonferenz am Montag nachmittag (Ortszeit) mit, dass es sich um Drogenfabriken gehandelt haben soll. Bei dem gemeinsamen Einsatz mit afghanischen Streitkräften in der südafghanischen Provinz Helmand habe man es auf die finanziellen Ressourcen der aufständischen Taliban abgesehen. Ein Sprecher der Taliban, Kari Jusuf Ahmadi, wies Nicholsonss Angaben zurück. Es gebe in den Gegenden keine Drogenproduktion. Die USA wollten nur verbergen, dass sie Zivilisten angegriffen hätten. (dpa/jW)

Millionen junge Menschen weltweit erwerbslos

Genf. Weltweit sind nach einer neuen UN-Analyse 70,9 Millionen junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren erwerbslos beziehungsweise arbeitslos gemeldet. Das entspricht einer Quote von 13,1 Prozent, etwa so hoch wie im vergangenen Jahr, wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) am Montag in Genf mitteilte. Am höchsten sei der Anteil in arabischen Ländern mit 30 Prozent. Bis 2030 kommen demnach zusätzlich 25,6 Millionen Menschen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren auf den Arbeitsmarkt – fast ausschließlich in Afrika. Von Arbeitsmigration profitierten Herkunfts- und Aufnahmeländer, so die ILO. Sobald Migranten geregelte Arbeit haben, helfen sie bei der Finanzierung der Sozialsysteme und der Verbesserung der Produktivität in den Aufnahmeländern, wie die Organisation schreibt. Im Herkunftsland profitiere die Wirtschaft, weil Angehörige durch die Überweisungen mehr Geld ausgeben können. (dpa/jW)

Bonn verliert in erster Runde

»Brexit«-Erbe: Bisher in Großbritannien ansässige EU-Institutionen heiß umkämpft

Die Bundesstadt Bonn wird nicht Sitz der »Europäischen« Arzneimittelagentur EMA. Die deutsche Bewerberin um den Standort schied am Montag bereits in der ersten Runde einer geheimen Abstimmung in Brüssel aus. In die zweite Wahlrunde schafften es (bis jW-Redaktionsschluss) Mailand, Amsterdam und Kopenhagen.

Nach der Zukunft der Arzneimittelagentur EMA sollte am Montag abend in Brüssel auch die der Bankenaufsichtsbehörde EBA geklärt werden. Beide Behörden sollen wegen des geplanten Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union so schnell wie möglich in eines der 27 verbleibenden EU-Länder umgesiedelt werden. Für den Standort der EBA hat die Bundesrepublik das bereits mit dem Sitz der »Europäischen« Zentralbank bedachte Frankfurt am Main ins Rennen geschickt.

Kurz vor der Entscheidung hatten mehrere Länder ihre Kandidaturen zurückgezogen. Wie ein EU-Sprecher am Montag sagte, bewarben sich Malta, Kroatien und Irland nicht mehr um den Sitz der für die Bewertung und Überwachung von Arzneimitteln zuständigen EMA. Bei den Bewerbungen für den künftigen Sitz der EBA gab es bis zuletzt keine Änderungen. Frankfurt konkurrierte damit bis zur Festlegung mit sieben anderen Städten.

Gründe für den Rückzug der EMA-Kandidaturen wurden nicht genannt. Nach Angaben aus EU-Kreisen versuchten zahlreiche Länder allerdings bis zuletzt mit Absprachen, die Erfolgsaussichten ihrer Kandidaten zu verbessern. So könnte Irland beispielsweise seine wenig aussichtsreiche Bewerbung für die EMA zurückgezogen haben, um dafür Unterstützung bei der Vergabe des EBA-Sitzes zu bekommen.

Die Sitze von EU-Behörden sind begehrt. Es geht um Geld, politisches Prestige und nicht zuletzt um regionale Kaufkraft. Die EMA und die EBA richten jährlich Hunderte Konferenzen und Veranstaltungen mit Experten aus aller Welt aus. In London sorgten beide Agenturen pro Jahr für rund 39.000 zusätzliche Hotelübernachtungen. Und nicht zuletzt die üppige Bezahlung der Eurokraten bewirkt, dass die Bediensteten zu den bestbezahlten Konsumenten zu zählen sind. (dpa/jW)